

## Der Haushalt der Stadt Düsseldorf 2024/25: Probleme und Forderungen

### **Uwe Foullong: Kernaussagen in der Veranstaltung „Düsseldorf in der Finanzkrise?“ des Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft - sozial und ökologisch am 07.11.2023**

1. **Unsere Anforderung an den Rat der Stadt und den OB bezüglich des Haushaltsplans ist klar:**  
Wir wollen, dass die Lebensverhältnisse der Bürger\*innen verbessert werden.  
Wir wollen eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch, lebenswert für alle!
2. **Es existieren sehr viele soziale und ökologische Probleme, die leider bisher zu wenig und zu halbherzig angegangen werden**, wie z.B. beim bezahlbaren Wohnen, in den Kitas und Kliniken, den Schulen, beim Engagement gegen Armut und gegen die Klimakrise. Diese vielen ungelösten Probleme werden deshalb nicht konsequent und nachhaltig angepackt, weil im Haushalt der Stadt das Geld dafür fehlt.
3. **Wir haben im Düsseldorfer Haushalt ein krasses Einnahmeproblem, weil**
  - a) **der Haushalt nicht nur in 2024/25 mit hohen Defiziten im dreistelligen Millionenbereich geplant wird**, sondern auch in der Mittelfristplanung bis 2028!  
Das heißt, die Ausgleichsrücklage wird aufgebraucht und dann wird auf die Allgemeine Rücklage zurückgegriffen - eine Schiefelage, die auf Dauer nicht durchzuhalten ist.
  - b) **mit den geplanten Defiziten natürlich die Schulden** bis zunächst 2028 kontinuierlich ansteigen. Beträgt der geplante Schuldenstand in 2024 noch 1.037 Mio Euro, so steigt er schon in 2025 auf 1.339 Mio Euro, incl. Liquiditätskredite sogar auf 2.623 Mio Euro. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Kredite nicht aus ideologischen Gründen abgelehnt werden, sondern als ein Instrument in schwierigen Zeiten genutzt wird. Das ist ökonomisch klug, weil die kurzfristige Alternative ohne Kreditaufnahme bedeuten würde, massive Einsparungen vorzunehmen, die die Lebensverhältnisse der Bürger\*innen weiter verschlechtern würden. Allerdings ist auch klar, dass eine Haushaltsplanung nicht auf Dauer Defizite mit ständiger Kreditfinanzierung planen kann.
  - c) **die geplanten Investitionen viel zu gering sind**, um die sozialen und ökologischen Probleme seriös anzupacken. Um nur einige wenige bedeutende Bereiche zu nennen:
    - \* Zwar steigen die **Investitionen bei Schulen und ÖPNV** in 2025 nochmals gegenüber 2024, aber 2026 bis 2028 sinken sie dann um 86% bzw. 80%!
    - \* Bei **Kitas** (2024 = 27,1 Mio Euro) beginnt der Sinkflug schon ab 2025 auf 21,2 Mio € und für 2026 bis 2028 sind weitere Kürzungen um 37% geplant.
    - \* Bei **Maßnahmen zur Klimaneutralität** werden für 2024 insgesamt 20 Mio. Euro als Höchststand geplant, danach bis 2028 sollen es 25% weniger sein!
    - \* Bei **„Bauen und Wohnen“** wird fast gleichbleibend über die Jahre mit einem Betrag von nur 2 Mio Euro geplant – ein nur symbolischer Betrag angesichts der Problematik von mehr als 40.000 fehlenden bezahlbaren Wohnungen.
  - d) **Kürzungen von Etatansätzen jetzt schon festzustellen sind:**  
Der Haushaltsplan 2024/2025 sieht jetzt schon im Vergleich zu 2023 -trotz Defizitplanung und steigender Kreditaufnahme- Kürzungen in bestimmten Positionen

vor und das insbesondere im Sozialbereich. So werden die Budgets für die „Förderung der Erziehung in Familien“ gegenüber 2023 in 2024/25 um 7,1% gekürzt, für „soziale Einrichtungen für Obdachlose und Flüchtlinge“ um 28,7% gekürzt, für „Sport-, Bewegungs- und Talentförderung“ um 13,5% gekürzt sowie bei „anderen sozialen Einrichtungen“ um 6,7% in diesem Zeitraum gekürzt.

- 4. Zusammenfassend: Der Haushalt der Stadt Düsseldorf kommt mit dieser Planung 2024/2025 und der Mittelfristplanung bis 2028 in eine bedrohliche Schieflage, weil**
- mit jährlichen Defiziten die Schulden steigen ohne eine klare positive Perspektive.
  - die Schulden steigen, aber die Investitionen sinken.
  - Kürzungen von Etats bzw. Positionen zukünftig in massiver Form zu erwarten und jetzt schon festzustellen sind.
  - die Einnahmeseite deutlich zu schwach ausgestattet ist, um die vielen sozialen und ökologischen Probleme in der Stadt gleichzeitig nachhaltig anzupacken.

Diese Entwicklungen deuten auf einen verschärften Spar- bzw. Kürzungshaushalt hin, der letztlich die Lebensverhältnisse der Bürger\*innen verschlechtern würde. Um das zu verhindern, engagieren wir uns für die notwendige Stärkung der Einnahmeseite des Haushalts unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit.

- 5. Die Einnahmeseite des Haushaltes muss gestärkt werden, um die Lebensverhältnisse der Bürger\*innen deutlich zu verbessern. Deshalb fordern wir:**

**a) Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre.**

Sie bringt den Bundesländern und damit den Kommunen sofort eine finanzielle Stärkung und dient gleichzeitig der Verringerung von Ungleichheit in der Gesellschaft. Der Rat der Stadt sollte einen Beschluss fassen, die Landesregierung NRW aufzufordern, eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu initiieren.

**b) Eine wirksame Reform der Erbschaftssteuer, die die ungerechten**

Ausnahmen von Multimillionären und Milliardären abschafft, stärkt die kommunalen Finanzen, weil auch die Erbschaftssteuer eine Landessteuer ist. Wie bei der Vermögenssteuer sollte der Rat einen Beschluss fassen, die Landesregierung NRW aufzufordern, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu veranlassen.

**c) Der Gewerbesteuerhebesatz sollte durch Ratsbeschluss erhöht werden.**

Damit werden die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die den größten Anteil an allen Einnahmearten hat, deutlich steigen und somit einen relevanten Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Stadt leisten.

Um mögliche negative Auswirkungen einer Erhöhung der Gewerbesteuer zu vermeiden, sollte in einem Dialog mit der Wirtschaft vor dem Beschluss verdeutlicht werden, für welche sozialen und ökologischen Probleme diese zusätzlichen Einnahmen verwendet werden und welche Vorteile auch die Düsseldorfer Wirtschaft davon hat.

Zudem kann betont werden, dass man die Erhöhung der Gewerbesteuer lediglich befristet bis zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und der wirksamen Reform der Erbschaftssteuer beschließt. Insofern kann die Erhöhung der Gewerbesteuer eine wichtige Brückenfunktion erfüllen, die in der direkten Handlungsmacht des Rates der Stadt liegt, erfüllen.